

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 36 (1957)
Heft: 10

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 31.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Die letzten Wochen brachten in der schweizerischen Innenpolitik eine Klärung in wichtigen Fragen. So weiß man nun nach der Herbstsession des Ständerates, daß eine für die Arbeitnehmer und Konsumenten annehmbare *Neuordnung der Bundesfinanzen* nicht mehr zu erwarten ist. Die Kommissionsanträge, die den Chef des Finanzdepartements, Bundesrat Streuli, veranlaßt hatten, von einer «Finanzordnung des reichen Mannes» zu sprechen, fanden sozusagen auf der ganzen Linie Zustimmung. Gegenüber den Beschlüssen des Nationalrates, die sich bekanntlich schon ziemlich weit von den Anträgen des Bundesrates entfernt hatten, wurden dem Kapital und den großen Einkommen weitere Entlastungen zugestanden, dafür dem kleinen Mann vermehrte Opfer zugemutet. Es ist wenig wahrscheinlich, daß diese Verschlechterung im Differenzbereinigungsverfahren, das in der Dezembersession einsetzen soll, wieder beseitigt wird. Damit dürfte das Schicksal der Vorlage in der Volksabstimmung besiegelt sein.

Diese Lage ist bezeichnend für den reaktionären Geist, der gegenwärtig in der Bundespolitik herrscht. Nicht nur die Neuordnung der Bundesfinanzen ist im Begriffe zu scheitern. Gescheitert ist jetzt schon die ganze anti-inflationistische Politik des Bundesrates; denn die Teuerung steigt weiter an, das Preis- und Lohnproblem erscheint akuter denn je, und die andauernde Wohnungsknappheit wird mehr und mehr zur Wohnungsnot. Das alles ist das Ergebnis einer verfehlten bundesrätlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik, die die Sozialdemokraten von Anfang an bekämpft haben. Ihr wurde auch neuerdings mit aller Schärfe der Kampf angesagt am letzten ordentlichen *Parteitag der SPS* vom 12. und 13. Oktober 1957 in Bern. In einem tiefschürfenden Referat unterzog Nationalrat *Max Weber* die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen des Bundesrates einer vernichtenden Kritik. Was der Bundesrat unternahm, entsprang weder einem Plan noch einer Konzeption, sondern richtete sich eher nach dem Motto «Wer da hat, dem wird gegeben». Gegenüber der Teuerung ist der Bundesrat untätig geblieben, auch dort, wo Gegenmaßnahmen möglich gewesen wären. Und dort, wo er handelte, begünstigte er sogar den Preis- und Zinsauftrieb. Die sozialen Auswirkungen dieser bundesrätlichen Politik sind denn auch beunruhigend genug: Wohnungsnot, Verteuerung der Lebenshaltung, immer drückendere Belastung der Konsumenten und Arbeitnehmer. Die zahlreichen Sektionsanträge, die dem Parteitag unterbreitet worden waren, spiegelten denn auch eindrücklich die sorgenvolle Stimmung, die überall im Parteivolk infolge der anhaltenden Teuerung besteht. Sie wiesen alle in dieselbe Richtung wie die Resolutionen

des Parteivorstandes, die wir an anderer Stelle der «Roten Revue» publizieren und die unmißverständlich zum Ausdruck bringen, daß die SPS in Verbindung mit den Gewerkschaften den Kampf gegen die Teuerung mit allen verfügbaren Mitteln weiterführen wird.

Neben diesem zentralen Thema nahm der Parteitag noch zu zwei Vorlagen Stellung, über die im November eine Volksabstimmung stattfinden wird. Die erste betrifft den Verfassungsartikel über die *Atomenergie*, worüber Ständerat *Dr. Willy Spühler* referierte. Es handelt sich hier vor allem darum, die Atomgesetzgebung zur Sache des Bundes zu machen, und zwar sowohl aus militärischen wie aus internationalen und wirtschaftlichen Gründen. Eine privatwirtschaftliche Monopolbildung der Atomenergie wäre politisch wie volkswirtschaftlich untragbar. Der Bund hat dafür zu sorgen, daß der Nutzen der Atomenergie der gesamten Wirtschaft uneingeschränkt zugute kommt und dem ganzen Lande zum Wohle gereicht. Insbesondere hat er aber auch die notwendigen Vorschriften zu erlassen zum Schutze der Bevölkerung vor Schädigungen durch radioaktive Strahlen.

Die zweite Abstimmungsvorlage, diejenige über die Verlängerung der *Brotgetreideordnung*, fand in *Mascha Oettli* eine sachkundige Referentin. Die Verlängerung der heute geltenden Brotgetreideordnung ist notwendig geworden, nachdem vor einem Jahr ein erster neuer Verfassungsentwurf in der Volksabstimmung verworfen worden war und der Bundesrat die Revision des Getreidegesetzes in Angriff nehmen will. Die Verlängerung der jetzigen Ordnung ist für die Arbeiterschaft annehmbar, weil sie das Einfuhrmonopol des Bundes bestehen läßt, die Weißmehlabgabe beibehält und damit die Voraussetzung für die Verbilligung des Halbweiß- und Ruchbrotes gewährleistet. Die Differenz zwischen dem Importpreis des Getreides und dem Produzentenpreis im Inland wird weiterhin vollständig vom Bund aufgebracht. Beiden Vorlagen stimmte der Parteitag einmütig zu.

Abschließend sei noch kurz auf den eben erschienenen Bericht des Bundesrates über die *schweizerische Flüchtlingspolitik* seit 1933 hingewiesen, der in der Öffentlichkeit mit Recht großes Aufsehen erregt hat. Der Bericht stützt sich auf die umfangreichen Erhebungen und Studien von Prof. Ludwig in Basel. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen werfen ein sehr bedenkliches Licht auf die Haltung gewisser Funktionäre des Bundes zur Zeit des Hitler-Regimes. Die Kritik, die die sozialdemokratische Presse und die sozialdemokratischen Vertreter in Behörden und Parlamenten an der offiziellen Flüchtlingspolitik schon in den dreißiger Jahren geübt hatten, findet heute ihre volle Rechtfertigung. Das Verhalten Dr. Rothmunds, Bundesrat Steigers und der Schweizerischen Gesandtschaft in Berlin war eines freiheitlichen Rechtsstaates unwürdig. Es ist gut, daß die Verantwortlichkeiten einmal klar festgestellt werden. Noch besser ist es, wenn man aus den beschämenden Vor-

fällen die notwendigen Lehren zieht und sich Regierung, Parlament und Volk für die Zukunft bewußt bleiben, daß eine großzügige Asyl- und Flüchtlingspraxis zu den unabdingbaren Rechten und Pflichten der schweizerischen Eidgenossenschaft gehört und es ehrwürdige Tradition des Landes von Henri Dunant ist, Flüchtlingen, die um ihrer Überzeugung willen verfolgt werden, bei uns Schutz und Obdach zu gewähren. P. S.

Außenpolitik

Die russischen Wissenschaftler und Techniker haben die Welt mit *der glücklichsten Lancierung eines künstlichen Erdsatelliten* überrascht. Seit Wochen kreist er, in einer Höhe von 800 km, mit der ungeheuren Geschwindigkeit von mehr als 25 000 Stundenkilometern um unseren Planeten. Nur Kommunismus oder nationale Beschränktheit kann dieser großen Leistung der russischen Wissenschaft Anerkennung und Achtung verweigern. Zusammen mit der Entdeckung der gewaltigen Atomkraft eröffnet diese neue Errungenschaft der Ballistik den Menschen unendliche Perspektiven und Arbeitsfelder. Eine neue Ära hat seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges eingesetzt; der Mensch wird mehr und mehr Herr der Naturkräfte. Aber innerlich ist er den neuen Aufgaben leider noch nicht gewachsen und sieht in erster Linie bloß die militärischen Vor- und Nachteile dieser unerhörten Entdeckungen und Leistungen.

Statt sich über die große Leistung der russischen Gelehrten zu freuen, sind deshalb die meisten Menschen zutiefst erschrocken. Sie haben plötzlich begriffen, daß die Behauptung der Russen, sie seien imstande, mit ferngelenkten Raketen jederzeit an einen beliebigen Ort der Erde zu gelangen und ihn mit H-Bomben zu vernichten, den Tatsachen entspricht. Chruschtschow benützt die augenblickliche strategische Überlegenheit der Russen, um den Verbündeten der Vereinigten Staaten zu drohen und einen Druck auf die kleinen Staaten auszuüben.

Er weiß aber, daß diese Errungenschaft der russischen Wissenschaftler und Techniker nicht eine nationale Tat der Russen allein ist, sondern daß der Enderfolg der Russen durch die Arbeit von Gelehrten vieler Nationen vorbereitet wurde. Die Wissenschaft ist international und steht ebenso über den Nationen wie über deren Regimen und Regierungen. Chruschtschow weiß auch, daß nach einigen Monaten die Amerikaner ihren eigenen Mond und ihre ferngelenkte Rakete besitzen werden, genau so wie die Russen vor einigen Jahren nach den Amerikanern die Atomenergie «entdeckt» haben. Es ist unsinnig, diese großen Errungenschaften der internationalen Wissenschaft zu Zwecken nationalistischer Propaganda zu benützen. Der künstliche Mond be-

weist ebensowenig die Überlegenheit des Stalinregimes wie etwa die Atomenergie die Überlegenheit des amerikanischen Kapitalismus.

H-Bomben und ferngelenkte Raketen mit einer Geschwindigkeit von mehr als 25 000 Stundenkilometern bedeuten aber, daß die alten Konzeptionen der Landesverteidigung von Grund auf revidiert werden müssen. Ein mit diesen unerhörten Vernichtungsmitteln geführter Krieg bedeutet den sicheren Tod der Menschheit. Der Krieg wird durch die Entwicklung der Kriegstechnik unmöglich gemacht. Die Staatsmänner und die Kriegsherren müssen den Mut haben, dies anzuerkennen und die Konsequenzen daraus zu ziehen, nämlich die allgemeine totale Abrüstung und die Verwendung dieser neuen Errungenschaften der Wissenschaft für friedliche Zwecke.

Wenn man die schlechte Qualität der Textilien, der Schuhe und der Waren des täglichen Verbrauches in Rußland kennt, dann kann man nur staunen, daß die Techniker und Wissenschaftler der Sowjetunion für Kriegszwecke soviel Mittel zur Verfügung haben und dafür soviel Mühe aufwenden, während sie so wenig tun, um den Lebensstandard des eigenen Volkes zu heben.

Die *neuen Drohungen Chruschtschows* richten sich vor allem gegen die *Türkei*. Bei ihrem Vordringen in den arabischen Staaten und besonders in Syrien stoßen die Russen auf das Hindernis der Staaten des Bagdad-Paktes an der Südgrenze des großen Sowjetreiches. Die Türkei, Iran und Irak bilden einen gefährlichen Gürtel von amerikanischen Flugstützpunkten. Diese Flugbasen der amerikanischen Streitkräfte beunruhigen die Russen. Chruschtschow hat allerdings behauptet, als Folge der ferngelenkten Geschosse seien Bomber und Kampfflugzeuge altes Eisen geworden. Aber er ist selbst davon überzeugt, daß im Fall eines Krieges die Ölfelder des Kaukasus und des Urals sehr empfindlich getroffen werden können. Wenn er von seiner Theorie des «alten Eisens» so überzeugt wäre, würde er nicht derartig drohen und verlangen, daß die Stützpunkte der amerikanischen Flugwaffe liquidiert werden. Eine große Macht verlangt nicht, daß Schrotthaufen in Nachbarländern weggeräumt werden . . .

Die Drohungen Rußlands an die Adresse der Türkei haben die Spannungen im Nahen Osten verschärft. Die Sowjetregierung ist bereit, Syrien mit der Waffe in der Hand zu verteidigen, die amerikanische Regierung die Türkei. Das bedeutet, daß ein Krieg in diesem Gebiet nicht lokalisiert werden kann und sich zu einem neuen Weltkrieg entwickeln würde.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen tagt in New York; sie sollte sich mit dieser gefährlichen Lage beschäftigen und rechtzeitig eingreifen. Wenn die russische Regierung Beweise besitzt über Instruktionen der amerikanischen Regierung zum Zwecke der Entfesselung eines Krieges der Türkei gegen Syrien, wie Chruschtschow behauptet, dann soll sie diese Be-

weise vor den Sicherheitsrat der UNO bringen, anstatt Interviews und Drohbriefe in der Welt zu verbreiten.

In *Frankreich* ist die Regierung Bourgès-Maunoury nach einer kurzen Lebensdauer von der Mehrheit des Parlaments gestürzt worden. Diese Mehrheit, die aus Kommunisten, Poujadisten und Reaktionären besteht, ist aber nicht imstande, eine neue Regierung zu bilden. Der Krieg in Algerien und der Versuch einer Lösung des algerischen Problems sind die direkten Ursachen der Regierungskrise. Das Rahmengesetz für Algerien hätte vielleicht der französischen Diplomatie an der Generalversammlung der UNO geholfen, noch einmal eine unangenehme Debatte hinauszuschieben; aber nie hätte dieses Werk die Freiheitskämpfer und Nationalisten Algeriens befriedigen und dem Krieg ein Ende setzen können.

Die Regierungskrise ist in Wirklichkeit die Krise des parlamentarischen Regimes in Frankreich. Frankreich hat keine Regierung, es hat aber auch keine Politik. Das Proporzwahlssystem hat die individualistischen Tendenzen des französischen Volkes gefördert und eine unerhörte Zersplitterung der Parteien begünstigt, ein Nährboden für persönliche Ambitionen politischer Führer, die über einige Stimmen einer Gruppe im Parlament verfügen. Durch den Krieg in Algerien droht Frankreich ein finanzieller und politischer Bankrott.

Die *Wahlen in Norwegen* brachten einen neuen Sieg der Arbeiterpartei. Seit zwölf Jahren regiert diese mit einer Parlamentsmehrheit von zwei Stimmen. Die Presse der Gegner hatte die Hoffnung ausgedrückt, daß die Wahlen einen Sieg der bürgerlichen Parteien bringen würden. Das war aber nicht der Fall. Die Arbeiterpartei hat 18 500 neue Wähler und Wählerinnen und einen Sitz im Parlament erobert. Die Kommunisten wurden durch die ungarischen Ereignisse stark dezimiert und verlieren 18 500 Stimmen und zwei von ihren drei Sitzen im Parlament. Konsolidiert und gestützt auf das Vertrauen des Volkes kann die Arbeitermehrheit am Aufbau des sozialen Staates Norwegen weiterarbeiten.

In *Schweden* fand am 13. Oktober eine Volksabstimmung statt, die 70,4 Prozent der stimmberechtigten Frauen und Männer an die Urnen brachte. Schweden kennt die direkte Demokratie nicht, und Volksabstimmungen haben nur eine konsultative Bedeutung: die Regierung will die Meinung des Volkes über große, umstrittene Probleme erfahren. Im vorigen Jahr wurde ein solches Plebiszit über die Frage «Rechts- oder Linksfahren» durchgeführt. Die große Mehrheit sprach sich damals für die Beibehaltung des Linksfahrens aus. Am 13. Oktober wurde die Frage der Erhöhung der Alterspensionen gestellt. Die sozialdemokratische Regierung will die Altersversicherung verbessern und Pensionen in der Höhe von 65 Prozent des zuletzt bezogenen Lohnes ausrichten. Diese Versicherung soll für jedermann obligatorisch sein. Die bürgerlichen Parteien, Liberale und Konservative, bekämpften dieses

Projekt und wollten eine freiwillige Versicherung auf der Grundlage der Arbeitsverträge zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen. Die Bauernpartei wollte eine freiwillige gesetzliche Lösung mit Staatsgarantie.

Zu diesen drei Möglichkeiten hatten sich die Stimmberechtigten zu äußern. Das Resultat war eindeutig: der Antrag der Sozialdemokratie vereinigte 46,6 Prozent der Stimmen, der Antrag des Bauernbundes erhielt 15,2 Prozent und der bürgerliche Antrag der Liberalen und Konservativen 34,4 Prozent. 3,8 Prozent wurden leer eingelegt. JHD

TATSACHEN + DOKUMENTE

Die Resolutionen des ordentlichen Parteitages der SPS vom 12./13. Oktober 1957 in Bern

Gegen eine reaktionäre Finanzpolitik

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz bestätigt in grundsätzlicher Hinsicht die Beschlüsse des letzten Parteitages in Luzern zum eidgenössischen Finanzproblem. Er hat sich damals bereit erklärt, Hand zu bieten zu einer Verständigungslösung.

Der Nationalrat hat wohl zwei Verbesserungen an der bundesrätlichen Vorlage vorgenommen, indem er die steuerfreien Minima um 1000 Franken hinaufsetzte und anstelle einer allgemeinen Herabsetzung der Warenumsatzsteuer eine bescheidene Erweiterung der Freiliste beschloß. Dagegen hat er die Couponsteuer reduziert und damit dem Besitz eine weitere Entlastung von 30 Millionen gewährt. Außerdem wurden gegenüber dem bundesrätlichen Vorschlag die Steuersätze für die großen Einkommen und die Aktiengesellschaften herabgesetzt und die Möglichkeit zu deren Anpassung an einen erhöhten Finanzbedarf verbarrikadiert.

Der Ständerat hat die bescheidene Entlastung der kleinen Einkommen wieder beseitigt und dafür einen massiven weiteren Steuerabbau für den Besitz und die hohen Einkommen vorgenommen. Die Couponsteuer hat er ganz gestrichen, womit die Entlastung des Besitzes 130 Millionen erreichen würde und auf eidgenössischem Boden jede stärkere Belastung des fundierten Einkommens in Wegfall käme. Er hat ferner die Steuersätze für die Einkommen über 25 000 Franken und für die juristischen Personen noch mehr herabgesetzt, die Besteuerung der genossenschaftlichen Rückvergütungen dagegen verschärft.

Die Sozialdemokratische Partei wird einem Projekt, das die großen Vermögen und Einkommen derart begünstigt bei weiterhin starker Belastung des Verbrauches, nie zustimmen. Der Parteitag fordert erneut, daß die von mehr als 180 000 Bürgern unterzeichnete Initiative für einen gerechteren Abbau der Wehrsteuer und der Warenumsatzsteuer innert der gesetzlichen Frist, das heißt vor Ende 1958 der Volksabstimmung unterbreitet wird.